

Studien zur Deutschlandfrage

Band 10

**Die Deutschlandfrage
vom 17. Juni 1953 bis zu den
Genfer Viermächtekonferenzen
von 1955**



Duncker & Humblot · Berlin

**Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953
bis zu den Genfer Viermächtekonferenzen von 1955**

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis

BAND 10



**Die Deutschlandfrage
vom 17. Juni 1953 bis zu den
Genfer Viermächtekonferenzen
von 1955**

Mit Beiträgen von

**Dieter Blumenwitz, Karl Wilhelm Fricke,
Christian Greiner, Nikolaus Katzer, Mechthild Lindemann,
Helmut Rumpf, Hans-Erich Volkmann
und Gottfried Zieger**



Duncker & Humblot · Berlin

**Die in dieser Reihe veröffentlichten Beiträge geben
ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.**

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953 bis zu den Genfer
Viermächtekonferenzen von 1955** / hrsg. von Dieter Blumenwitz
... – Berlin: Duncker und Humblot, 1990
(Studien zur Deutschlandfrage; Bd. 10) (Veröffentlichung / Göttinger
Arbeitskreis; Nr. 437)
ISBN 3-428-07060-7
NE: Blumenwitz, Dieter [Hrsg.]; 1. GT; Göttinger Arbeitskreis:
Veröffentlichung

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 437

Alle Rechte vorbehalten
© 1990 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41
Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin 65
Printed in Germany
ISSN 0720-6887
ISBN 3-428-07060-7

INHALT

Der 17. Juni 1953 Von Prof. Dr. <i>Gottfried Zieger</i> , Göttingen	7
Die Zaisser/Herrnstadt-Gruppe Von <i>Karl Wilhelm Fricke</i> , Köln	27
Die Berliner Viermächtekonferenz von 1954 und die Deutsche Frage Von Dr. <i>Nikolaus Katzer</i>	49
Die militärische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO, 1954-1957 Von Dr. <i>Christian Greiner</i> , Freiburg i.Br.	75
Zur innenpolitischen Auseinandersetzung um den westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950-1955 Von Prof. Dr. <i>Hans-Erich Volkmann</i> , Freiburg i.Br.	107
Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität durch die Bundesrepublik Deutschland und ihre Begrenzung durch die alliierten Vorbehaltsrechte Von Prof. Dr. <i>Dieter Blumenwitz</i> , Würzburg	133
Die Regelung der deutschen Reparationen nach dem zweiten Weltkrieg Von Prof. Dr. <i>Helmut Rumpf</i> , Bonn	147
Die Deutschlandfrage auf der Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz in Genf 1955 Von <i>Mechthild Lindemann</i> , M.A., Bonn	177

Dem vorliegenden Band liegen Referate einer Wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises und Teilergebnisse des Forschungsprojekts "Deutschland auf den Viermächtekonferenzen 1954-1959" zugrunde.

DER 17. JUNI 1953*

Von Gottfried Zieger

Im Abstand von 30 Jahren sollte es angezeigt sein, über die Ereignisse nachzudenken, die von den Bauarbeitern in der Stalinallee in Berlin (Ost) wie ein Flächenbrand auf die Städte und Betriebe in der DDR übergegriffen haben. Ein für deutsche Verhältnisse erstaunliches Phänomen; vielleicht nimmt man deshalb heute im Bundesgebiet dazu eine höchst unterschiedliche Haltung ein. So gab und gibt es Strömungen und Vorschläge, diesen nationalen Gedenktag abzuschaffen und dafür den 23. Mai als Verfassungstag zu begehnen.

Wir sollten uns noch einmal erinnern: der 17. Juni 1953 ist aufgrund von parallelen, in der Sache übereinstimmenden Anträgen aus der Mitte des Bundestages heraus von SPD und CDU/CSU zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden. Die SPD-Fraktion hatte gefordert, diesen Tag des Aufstandes in Berlin (Ost) und der DDR als "*Nationalfeiertag*" gesetzlich festzulegen¹. Die CDU/CSU hatte vorgeschlagen, den 17. Juni zu einem "nationalen Gedenktag" zu bestimmen². Daraus geworden ist dann das *Gesetz über den Tag der deutschen Einheit* vom 4. August 1953, das den 17. Juni als *gesetzlichen Feiertag* festgelegt hat³.

Wenn wir heute unsere Kalender einmal daraufhin betrachten, wie dort der 17. Juni vermerkt steht, so finden wir nur noch selten die richtige Bezeichnung dieses Feiertages. Wir lesen dann vielfach nicht "Tag der deutschen Einheit", sondern blasser und unbestimmter "Gedenktag", "gesetzlicher Feiertag in der Bundesrepublik Deutschland" oder noch allgemeiner "gesetzlicher Feiertag". Wir sollten bei der Ausgabe der Wand- und Taschenkalender in den nächsten Jahren einmal darauf achten. Offensicht-

* Unveränderter Text des Vortrages auf der Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises am 28./29. Oktober 1983 in Göttingen.

¹ Verhandlungen des Deutschen Bundestags I. Wahlperiode, Anlage Bd. 25 BT Drucks. 4624.

² Ebenda BT Drucks. 4625.

³ BGBl. 1953 I, S. 778.

lich zeigt sich hier Gedankenlosigkeit oder die Tendenz, solange der 17. Juni nicht als gesetzlicher Feiertag, als "Tag der deutschen Einheit" abgeschafft ist, ihn inhaltlich ins Unbestimmte zu rücken, mit seinen Konturen auch die inhaltliche Aussage: die Erinnerung an die deutsche Einheit zu verwischen.

Bei den zahlreichen Beiträgen, die in unserer Presse zur 30. Wiederkehr des 17. Juni 1953 veröffentlicht worden sind, war mit Erstaunen zur Kenntnis zu nehmen, daß es eine offenbar wachsende Zahl von Journalisten - oder Redaktionen - gibt, die bemüht sind, darzulegen, daß der 17. Juni mit der *Einheit* in Deutschland eigentlich gar nichts zu tun habe. Es sei bei den Arbeiterunruhen zunächst um bessere Lebensbedingungen, also wirtschaftliche Probleme, gegangen, hinzu seien später Forderungen nach mehr politischer Freiheit getreten; um die deutsche Einheit sei es damals nicht gegangen⁴.

Die Süddeutsche Zeitung hat in ihrer Wochenendausgabe vom 11./12. Juni 1983 an die Spitze ihrer Betrachtung zum 17. Juni einen ausführlichen Artikel von Erich *Loest* gestellt: "Dieser Gewittertag, damals. Der 17. Juni 1953 in der Erinnerung eines Augenzeugen". Loest war damals Bezirksvorsitzender des Schriftstellerverbandes in Leipzig, also ein Funktionsträger des Systems. Er lebt jetzt im Bundesgebiet. In seinem hier geschriebenen Aufsatz findet sich u.a. der Satz: "Für keinen, der sich in die Wirren dieses Tages verstrickte, war die Einheit des Vaterlandes das bestimmende Moment, niemand kämpfte für sie". Der frühere Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR in Berlin (Ost), Klaus *Bölling*, hat in seinem Interview zum 17. Juni dieses Jahres dargelegt, der Aufstand am 17. Juni 1953 sei nicht eine Manifestation des Willens zur nationalen Einheit gewesen, sondern neben ökonomischen Protesten der Ausdruck nach Freiheit und elementaren Menschenrechten⁵.

Wer selbst die Vorkommnisse des Juni 1953 miterlebt hat, findet immerhin eine Genugtuung in der Tatsache, daß in der Presse auch heute Auffassungen anzutreffen sind, die den Ereignissen historisch gerecht werden, Stimmen, die darlegen, daß am 17. Juni die ganze deutsche Bevölkerung die Wiedervereinigung erhofft und gewünscht habe⁶.

Es besteht gewiß ein sehr naher innerer Zusammenhang zwischen dieser neu aufgebrachten These, der Aufstand vom 17. Juni habe nichts mit der

⁴ So u.a. G. Spörl, Ruhe muß herrschen im Land, in: Die Zeit Nr. 25 vom 17. Juni 1983, S. 13.

⁵ Tagsspiegel vom 12. Juni 1983, S. 9.

⁶ Beispielsweise E. O. Maetzke, Ein Tag zum Nachdenken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 1983, S. 1; H. Höhne, "Berija wollte die DDR liquidieren", in: Der Spiegel Nr. 24/1983, S. 87 f.

deutschen Einheit zu tun, und den Tendenzen zur Abschaffung dieses "Tages der deutschen Einheit" mit dem Verwischen der Bezeichnung des Feiertages. Wir sehen daran zugleich, wie in den vergangenen 30 Jahren der einstmals bestehende Konsens zwischen den politischen Parteien in dieser Frage aufgekündigt worden ist.

Es soll versucht werden, der Frage nachzugehen, was die heute verfügbaren Quellen über jene Ereignisse auch zu diesem Punkt aussagen. Dazu bedarf es einer Skizzierung der historischen Konstellation, aus der die Vorgänge des 17. Juni 1953 hervorgegangen sind.

Die Jahre 1952/53 waren unruhige Jahre in Deutschland und in Europa gewesen. Im letzten Regierungsjahr des sowjetischen Diktators Stalin hatte sich im sowjetischen Herrschaftsgebiet ostwärts der Elbe eine nachhaltige Spannung ausgebreitet. Der Abfall Titos vom Sowjetblock 1948 hatte zu einer Titoistenverfolgung mit Schauprozessen in den sowjetisch beherrschten Ländern Europas geführt. Die militärische Aggression in Korea im Sommer 1950 war nicht beigelegt, sondern schwelte weiter. In der DDR begann die Partei- und Staatsführung noch zu einer Zeit des Notenaustausches über die Stalinnote vom März 1952 mit der Abschottung der DDR von den drei Westzonen. Die Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie vom 26. Mai 1952 hat die Grundlage zu dem Stacheldraht und den übrigen Sperrmechanismen an der innerdeutschen Demarkationslinie gelegt⁷. Auf der 2. Parteikonferenz der Staatspartei im Juli 1952 wurde eine ganz neue Phase der politischen Entwicklung in Mitteldeutschland verkündet: der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR⁸. Damit wurde ein bisher äußerlich gewahrter Konsens zwischen den Vier Mächten in Deutschland, ein demokratisch-parlamentarisches Regierungssystem nach dem Modell der Weimarer Verfassung in allen Besatzungszonen zu verwirklichen, seitens der Sowjetunion aufgekündigt. Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für die immer stärker auseinanderdriftende Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland. Denn für die DDR werden nunmehr offen die sowjetischen Organisationsstrukturen und Wertvorstellungen verbindlich gemacht. Alles das diente mit dazu, die Enttäuschung der deutschen Bevölkerung unter sowjetischer Herrschaft zu verstärken und Verbitterung zu erzeugen, weil man damit die Chancen für die Wiederherstellung deutscher staatlicher Einheit schwinden sah.

In einer radikalen Weise wurden vom 24. Juli 1952 an die bestehenden Strukturen verändert und die gerade erst mit dem Anspruch auf Verwirklichung demokratischer Prinzipien konstituierten Länder und

⁷ GBl. DDR 1952, S. 405.

⁸ Dokumente der SED Bd. IV., Berlin (Ost), 1954, S. 73.